



Weltoffene Kommune | 09.2021

Die Auswirkungen der Coronapandemie auf Schüler:innen mit Fluchtgeschichte

„Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht und steht allen Kindern, auch Flüchtlingskindern, zu.“

Claus-Ulrich Pröbß, Geschäftsführer des Kölner Flüchtlingsrats

Von den Konsequenzen der Coronapandemie und den daraus folgenden Schulschließungen sind alle Schüler:innen in Deutschland betroffen, doch nicht alle gleichermaßen. Anette Widmann-Mauz, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, stellt fest: „Familien mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte sind von den Auswirkungen der Corona-Pandemie besonders betroffen“ (MiGAZIN 2021). Im Durchschnitt verlieren Kinder und Jugendliche aufgrund der Flucht mehr

als ein Jahr ihrer Schulbildung. In Deutschland gelangen sie dann häufig in untere Klassenstufen, die dem Alter der Schüler:innen nicht entsprechen (von

»» Integration in Krisenzeiten

Ein weiteres Problem, mit dem Geflüchtete häufig konfrontiert werden, ist die eingeschränkte Teilhabe in der Gesellschaft. Besonders in Krisensituationen, in denen ehrenamtliche Tätigkeiten meist zurückgehen, verlangsamt sich die Integration von Einwanderern. Besonders Geflüchtete sind häufig sozial isoliert und haben erschwerten Zugang zu sozialen Aktivitäten. Außerdem werden Menschen ohne Staatsbürgerschaft oft nicht als Teil der Gesellschaft gesehen, was zur Folge hat, dass sie von staatlichen Finanzhilfen und Förderungen ausgeschlossen werden, welches die Integration in Krisenzeiten zusätzlich erschwert.

- Kollender, Ellen (2020). „Bildung für alle – oder nur für einige? COVID-19 und Diskriminierung von ‚geflüchteten Kindern‘ im deutschen Bildungssystem“. <https://blog.fluchtforschung.net/bildung-fur-alle-oder-nur-fur-einige/>.

Maurice und Will 2021). Generell kann man feststellen, dass es bereits vor der Covid-19-Pandemie unzählige Barrieren für Schüler:innen mit Fluchtgeschichte im deutschen Bildungssystem gab. Doch die Auswirkungen der Coronapandemie haben die Bildungsbenachteiligung von geflüchteten Kindern weiter verschärft. Es stellt sich die Frage, ob geflüchtete Schüler:innen überhaupt die Möglichkeit hatten, erfolgreich am digitalen Unterricht teilzunehmen, und vor allem, welche Aspekte die (digitale) Ungleichheit weiter verstärken.

In diesem Policy Paper werden die Herausforderungen und Schwierigkeiten, mit denen die meisten geflüchteten Schüler:innen seit Beginn der Coronapandemie konfrontiert werden, beschrieben – sowie positive Entwicklungen. Manche dieser Probleme haben bereits unabhängig von Covid-19 existiert und wurden durch die Schulschließungen verstärkt,

Bildungsnachteile für Geflüchtete im deutschen Bildungssystem vor Covid-19:

- Eingeschränkte Sprachkenntnisse
- Stereotypisierung und institutionelle Diskriminierung in und durch Schulen
- Psychische Belastungen durch erlebte Traumata und ungewisse Zukunft durch Asylverfahren und mögliche Abschiebungen
- Unsichere Wohnsituation mit unzureichender Privatsphäre und Lernorten
- Unzureichendes Verständnis des Bildungssystems aufseiten der Eltern
- Hierarchisches deutsches Bildungssystem
- Unzureichender digitaler Zugang



Wegweiser-Kommune.de

Vergleicht man Daten über Schulabgänger:innen aus verschiedenen deutschen Kommunen, zeigt sich, dass der Anteil von ausländischen Schulabgänger:innen ohne Schulabschluss weitaus größer ist als der von deutschen Schulabgänger:innen. Im Jahr 2019 lag der Anteil von ausländischen Schulabgänger:innen ohne Hauptschulabschluss in den meisten Kommunen zwischen 10 und 20 Prozent, während der Anteil von deutschen Schulabgänger:innen ohne Hauptschulabschluss meist weit unter 10 Prozent liegt.

während der Lockdown und die Umstellung auf Onlinelernen auch einige neue Schwierigkeiten für Geflüchtete mit sich gebracht hat.

Zuerst werden die Barrieren, die junge Geflüchtete im deutschen Bildungssystem unabhängig von Covid-19 erfahren, herausgestellt. Danach werden die Auswirkungen der Pandemie und der Schulschließungen für Schüler:innen mit Fluchtgeschichte aufgezeigt. Zuletzt werden Handlungsempfehlungen vorgestellt, um die Bildungsbenachteiligung von geflüchteten Schüler:innen zu verringern.

Barrieren für Geflüchtete im deutschen Bildungssystem

In Deutschland haben ca. 5 Prozent aller Kinder unter 18 Jahren eine Fluchtgeschichte und ein Großteil der Asylbewerbungen in Deutschland wird von Minderjährigen gestellt (Rude 2020). Bereits vor Beginn der Coronapandemie litten viele Geflüchtete unter schwierigen und unsicheren Wohnsituationen. Aufgrund von fehlender Privatsphäre, schlechter Beleuchtung, mangelhaften Sanitäreinrichtungen und zu wenigen Spielorten stufte 2018 die Organisation *Save the Children Deutschland* die Wohnsituation in den Unterkünften als teilweise nicht kindeskonform ein (a.a.O.).

Geflüchtete Schüler:innen haben oft schlechtere Voraussetzungen für den Bildungserfolg, unter anderem geschuldet durch Rassismus, Traumata, Stereotypisierung durch Lehrer:innen und ein unzureichendes Verständnis des Bildungssystems aufseiten der Eltern (Graham, Minhas und Paxton 2016). Auch außerschulische Faktoren beeinträchtigen den Lernerfolg von jungen Geflüchteten indirekt.

Ein Beispiel dafür ist, dass Migrant:innen und Flüchtlinge oft ein höheres Krankheitsrisiko als die einheimische Bevölkerung in den Aufnahmeländern haben, geschuldet durch die Wohnsituation und erschwerten Zugang zur Krankenversorgung und Versicherungen (Weltgesundheitsorganisation 2019; Schröder, Zok und Faulbaum 2018; Frank et al. 2017).

Neben individuellen Problemen gibt es auch einige strukturelle Hürden, die den Zugang zur Bildung für Geflüchtete erschweren. In den meisten Bundesländern ist die Schulpflicht an die Zuweisung zu einer Kommune gebunden, was oft dazu führt, dass junge Geflüchtete wegen langer Wartezeiten vorübergehend von der Schulpflicht ausgeschlossen werden (Kollender 2020).

Auch die hierarchische Struktur des deutschen Bildungssystems bringt einige Nachteile mit sich. Schüler:innen mit Fluchtgeschichte werden häufig in Haupt- und Realschulen oder Berufsschulen unterrichtet, wo sie zeitweise meist in getrennten Klassen untergebracht sind. Die geringen Aufstiegschancen im Bildungssystem sind eine große Hürde für den weiteren Bildungs- und Berufsweg der Schüler:innen (a. a. O.). Hinzu kommt, dass Haupt-, Real- und Berufsschulen oft weniger materielle und finanzielle Mittel zur Verfügung haben, was auch eine besondere Herausforderung bei der Umstellung zum digitalen Lernen war (Lohmann 2020). Michael Schütz von der SchlaU-Schule in München berichtet, dass

während Gymnasien und Gesamtschulen mancherorts bereits vor Corona ausgearbeitete Digitalkonzepte gehabt haben, wären viele Haupt-, Real- und Berufsschulen unerfahren im Umgang mit digitaler Bildung gewesen. Auch die Ausstattung der Schüler:innen mit technischen Endgeräten sei an diesen Schulformen oft problematischer.

Verschärfung der Bildungsbenachteiligung von geflüchteten Schüler:innen durch Covid-19

Studien zeigen, dass sich bereits bestehende soziale Ungleichheiten im Digitalen fortsetzen. Dies konnte auch während der Coronapandemie beobachtet werden (Bendel, Bekyol und Leisenheimer 2021). Geflüchtete Schüler:innen, die ohnehin im Bildungssystem benachteiligt sind, konnten aufgrund der Schulschließungen gar nicht oder nur stark eingeschränkt am Unterricht teilnehmen. Die Schulschließungen brachten unzählige Herausforderungen mit sich, wie zum Beispiel unzureichende technische Ausstattung, mangelnde Kenntnisse im Umgang mit digitalen Medien und uneinheitliche Digitalisierungsstrategien in den Bundesländern (Hüttmann, Fujii und Kutscher 2020). In diesem Policy Paper werden die Schwierigkeiten von Schüler:innen mit Fluchtgeschichte während Covid-19 in verschiedene Kategorien unterteilt (siehe Tabelle 1): 1. Infrastruktur, 2. Eingeschränkte Kompetenzen, 3. Soziale Herausforderungen.

Infrastruktur		Eingeschränkte Kompetenzen		Soziale Herausforderungen	
Fehlender technischer Zugang und Ausstattung	Unsichere und nicht kindeskonforme Wohnsituation	Eingeschränkte Sprachkenntnisse	Begrenzte Mediennutzungserfahrungen	Unzureichende Unterstützungsstrukturen	Psychische Belastungen und Ungewissheit

Tabelle 1: Zusätzliche Bildungsnachteile für Geflüchtete im deutschen Bildungssystem seit Covid-19 (Quelle: Hüttmann, Fujii und Kutscher 2020: 21)

I. Infrastruktur Fehlender technischer Zugang und Ausstattung

Um an digitaler Bildung erfolgreich teilzunehmen, benötigen die Schüler:innen technische Geräte, wie Computer oder Tablet, und eine stabile Internetverbindung. Geflüchtete Jugendliche erfüllen diese Voraussetzungen oft nicht (GEW 2020). Studien zeigen, dass Kinder mit Fluchtgeschichte eine deutlich geringere Lern-

ausstattung haben als andere Kinder, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund (siehe Abbildung 1). Weniger als die Hälfte aller Kinder mit Fluchtgeschichte hat zu Hause Zugang zu einem PC oder einem Tablet. Während Kinder in Privatunterkünften meist Zugang zum Internet und öfters auch einen eigenen Schreibtisch haben, haben nur 56 Prozent der Kinder in Gemeinschaftsunterkünften Zugang zum Internet und nur 32 Prozent einen eigenen Schreibtisch. Ein eigenes Zimmer haben geflüchtete Kinder, egal ob in Gemeinschafts- oder Privatunterkünften, nur selten (Rude 2020).

Aufgrund der fehlenden technischen Ausstattung blieb vielen Kindern mit Fluchtgeschichte nichts anderes übrig, als mit ihrem Smartphone am Unterricht teilzunehmen und Aufgaben zu bearbeiten. Doch nicht nur der viel zu kleine Bildschirm, fehlende Software und keine Möglichkeit zu drucken schränken diese Schüler:innen von der erfolgreichen Teilnahme am Unterricht ein (Hüttmann, Fujii und Kutscher 2020). Da viele Gemeinschaftsunterkünfte keinen Internetzugang haben, sind die Schüler:innen auf ihr mobiles Datenvolumen angewiesen, das schnell verbraucht oder gedrosselt wird und Kosten verursacht. So kam es nicht selten vor, dass Schüler:innen Orte mit öffentlichem WLAN aufsuchten, um am Unterricht teilzunehmen. Lehrer:innen berichten von Jugendlichen, die sich während des Unterrichts in Bus oder Bahn setzen oder auf Plätzen und in Parks das kostenfreie WLAN nutzen, teils bei eisigen Wintertemperaturen. Dass ein Smartphone und mobiles Datenvolumen unzureichend für erfolgreiches Lernen sind, ist unumstritten.

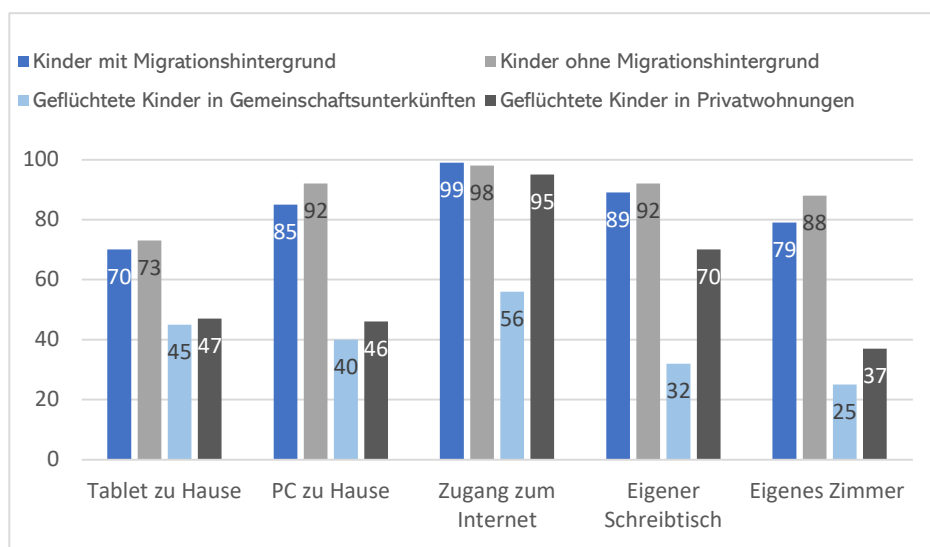


Abbildung 1: Lernausrüstung von Kindern (11-17 Jahre) mit und ohne Migrationshintergrund (Quelle: Rude 2020: 49)

Viele Schüler:innen mit Fluchtgeschichte hoffen deshalb seit Beginn der Pandemie auf finanzielle und materielle Unterstützung. Doch Anträge auf Finanzhilfen, Einrichtung einer funktionierenden Internetverbindung oder technischer Endgeräte werden nur langsam, wenn überhaupt, bewilligt (Baas 2021).

II. Eingeschränkte Kompetenzen

Eingeschränkte Sprachkenntnisse

Der Erwerb der deutschen Sprache ist für junge Geflüchtete der wichtigste Baustein für eine erfolgreiche Bildung und vor allem eine gelungene soziale Integration. Doch mit Beginn der Schulschließungen und sozialen Isolierung wurde dieser immer langsamer oder sogar rückschrittlich (Bendel, Bekyol und Leisenheimer 2021). Dass dies ein akutes Problem für die Teilnahme am Onlineunterricht ist, dürfte niemanden überraschen. Doch zu Beginn der Pandemie gab es viel bedeutendere Schwierigkeiten für Menschen mit wenig oder sogar keinen Deutschkenntnissen. Informationen über neue Entwicklungen des Virus sowie Einschränkungen und Regeln für die Bevölkerung gab es kaum in einfacher Sprache. Die ungewissen Folgen und die Bedeutung des Lockdowns für Behördengänge, Asylauflagen oder auch Arztbesuche verursachten besonders bei jungen Geflüchteten große Angst und Ungewissheit. Bevor Lehrkräfte sich also um ein funktionierendes

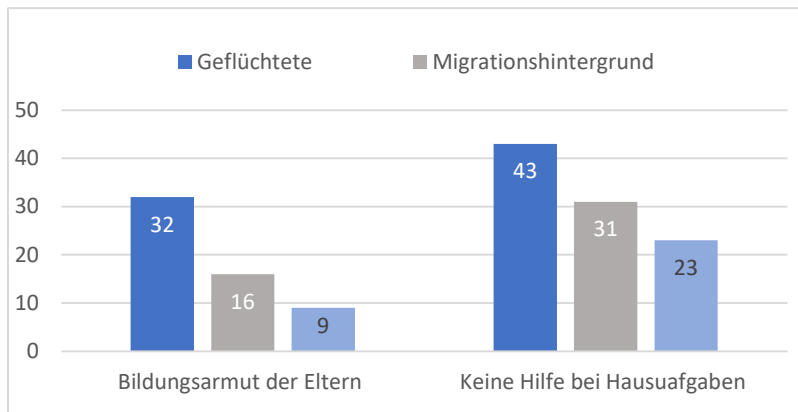


Abbildung 2: Bildungsarmut der Eltern und Hausaufgabenunterstützung durch die Eltern (Quelle: Rude 2020: 50)

Konzept für den digitalen Unterricht bemühen konnten, verbrachten viele ihre Arbeitszeit damit, Übersichten in einfacher Sprache zu verfassen oder sogar kurze Erklärvideos zu neuen Regelungen zu drehen.

Die Förderung des Spracherwerbs ist eine der wichtigsten Aufgaben der Schule. Auch vor der Pandemie brauchten Schüler:innen mit Fluchtgeschichte eine enge Betreuung und viel sprachliche Unterstützung und Erklärung beim Bearbeiten von Aufgaben. Diese Betreuung und ausführliche Erläuterung von Aufgaben entfallen seit Beginn der Pandemie fast komplett. Da die Eltern und andere Familienangehörige der Jugendlichen meist auch unzureichende Deutschkenntnisse haben, bleibt die private Unterstützung bei den Hausaufgaben ebenfalls aus (a. a. O.).

Der eingeschränkte Kontakt zu Lehrer:innen und oft komplett ausbleibende Kontakt zu deutschsprachigen Mitschüler:innen erschwert nicht nur den Spracherwerb, sondern verwirft auch oft bereits gemachte Fortschritte der Kinder und Jugendlichen. Da zu Hause fast nur in der jeweiligen Muttersprache gesprochen wird, verlieren viele Schüler:innen den Zugang und die Motivation, die deutsche Sprache zu lernen (GEW 2020).

Begrenzte Mediennutzungserfahrung

Selbst bei Schüler:innen, die die technischen Voraussetzungen erfüllen, gibt es einige Probleme, die den Lernerfolg der digitalen Bildung einschränken. Studien zeigen, dass die Medienkompetenzen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich geringer sind als die von in Deutschland aufgewachsenen Schüler:innen. Besonders bei solchen, die im Jugendalter mit ihren Eltern nach Deutschland ge-

kommen sind, wurden deutlich eingeschränkte computer- und informationsbezogene Kompetenzen festgestellt (Hüttmann, Fujii und Kutscher 2020).

III. Soziale Herausforderungen

Unzureichende Unterstützungsstrukturen

Wie in Abbildung 2 dargestellt, haben nicht wenige der geflüchteten Kinder und Jugendlichen Eltern mit niedrigem Bildungsniveau. Neben der Bildungsarmut ist auch der langsame oder auch nicht vorhandene Erwerb der deutschen Sprache ein Problem in vielen Familien. Dies führt dazu, dass fast die Hälfte der geflüchteten Schüler:innen keine Hilfe bei den Hausaufgaben von den Eltern bekommt (siehe Abbildung 2). Auch ehrenamtliche Unterstützungsangebote wurden während der Pandemie stark eingeschränkt (GEW 2020). Besonders bei jungen Schüler:innen ist die fehlende Hausaufgabenhilfe ein Problem, das den Lernerfolg drastisch einschränkt.

Doch die Problematik eines unzureichenden persönlichen Unterstützungssystems bezieht sich nicht nur auf die fehlenden ehrenamtlichen Angebote und Kompetenzen der Eltern, ihren Kindern bei den Hausaufgaben zu helfen. Für viele Geflüchtete sind Pädagog:innen und Schule allgemein ein Zufluchtsort und eine Problementlastung. Die schulischen Strukturen bieten ein Zugehörigkeitsgefühl und einen Ort, um gemeinsam Lösungen für die Probleme der Schüler:innen zu besprechen. Besonders für unbegleitete Minderjährige und alleinstehende volljährige Schüler:innen führen die fehlende ehrenamtliche Betreuung und Unterstützung und die ausbleibenden sozialen Kontakte zu weniger Lernmotivation und -erfolg (a. a. O.).

Psychische Belastungen und Ungewissheit

Eine Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) stellt fest, dass Kinder zwischen elf und 17 Jahren einen verschlechterten Gesundheitszustand durch die Pandemie erleiden. 71 Prozent dieser Kinder klagten über ein geringes psychisches Wohlbefinden. Während es vor der Pandemie 18 Prozent waren, gaben nun 31 Prozent an, unter psy-

chischen und psychosomatischen Problemen zu leiden (Rude 2020). Solche Probleme können besonders für Geflüchtete deutlich verstärkt sein.

Geflüchtete Kinder und Jugendliche haben häufig traumatische Erfahrungen vor, während und nach ihrer Flucht erlebt – ob Krieg und Gewalt im Herkunftsland, Extremsituationen während der Flucht oder Rassismus und Ausgrenzung im Ankunftsland (a. a. O.). Diese negativen Erlebnisse werden bei vielen durch die Pandemie wieder ausgelöst und verstärken dadurch mentale Probleme (Rees und Fisher 2020).

Durch die Schulschließungen und *social distancing* berichten besonders Jugendliche mit Fluchterfahrung von starken Gefühlen der Strukturlosigkeit und des Alleinseins. Dies gilt besonders für Kinder und Jugendliche, die alleine geflohen sind und oft keine familiäre Anbindung in Deutschland haben. Michael Schütz, Sozialarbeiter an der SchlaU-Schule München, berichtet, dass beispielsweise Erzählungen von Alkohol- oder Drogenmissbrauch durch die Schüler:innen seit den Schulschließungen deutlich gestiegen seien.

Schütz berichtet, dass viele der jungen Geflüchteten psychiatrisch angebunden und auf Hilfe und Medikamente ihres Psychiaters angewiesen seien. Zu Beginn der Pandemie hätten viele die neuen Regeln in den Praxen und Apotheken nicht verstanden oder diese nicht erfüllen können, weshalb der Zugang zu Rezepten und Medikamenten stark eingeschränkt worden sei. Schütz erzählt von absurden Situationen, wo Lehrer:innen und Sozialarbeiter:innen ihre Freizeit damit verbracht hätten, Rezepte zu holen und die Medikamente zu den Schüler:innen zu bringen. Dinge, die ihren eigentlichen Aufgabenbereich weit überschritten. Während niemand wusste, wie es genau mit der Schulbildung weitergehen würde, hatten viele der Geflüchteten Angst, erforderliche Behördengänge nicht organisieren zu können, waren unsicher, was den Umgang mit ihren Asylaufträgen angeht, und waren in Sorge vor einer Abschiebung. Hinzu kam oft große Angst vor einer Ansteckung der eigenen Person und anderer Familienmitglieder mit Corona. Durch enge und teils unhygienische Wohnsituationen wurde diese Angst weiter verstärkt. Auch politische Entwicklungen wie die Entscheidung der Regierung, Abschiebungen nach Afghanistan fortzusetzen, trugen erheblich zu den Ängsten der Geflüchteten bei.

Im Kontrast: Positive Entwicklungen

Trotz der Verstärkung der Bildungsbenachteiligung und dem weitgehenden Wegfall ehrenamtlicher Unterstützung gab es im fortschreitenden Verlauf der Pandemie auch zahlreiche Beispiele großen Engagements sowohl in Schule als auch aufseiten der Jugendhilfe. Davon profitierten auch Schüler:innen mit Fluchtgeschichte. Jugendhilfeträger verschickten Päckchen mit Spielmaterial, verliehen Schulmaterial, organisierten Hausbesuche oder versuchten, telefonisch Kontakt zu Kindern und Familien aufzunehmen, zu denen bereits vorher enger Kontakt bestand. Auch wurden kostenlose Druckservices eingerichtet, neue Informationen und jeweils geltende Regeln in einfacher Sprache vermittelt und junge Geflüchtete teilweise weiterhin zu Behördengängen und Arztterminen begleitet. Die Aufzählung der Beispiele ließe sich noch fortsetzen.

Auch Rama, eine syrische Schülerin, die seit fünf Jahren in Deutschland ist, erzählt, dass es zwar oft schwierig und beängstigend gewesen sei, doch vieles während der Schulschließungen auch gut gelaufen sei. Sie berichtet, dass sie während der Pandemie viel Hilfe und Unterstützung bekommen habe. Ehrenamtliche hätten ihr geholfen, einen Laptop zu besorgen, und viele Lehrer:innen seien sehr bemüht gewesen, Aufgaben und Informationen in einfacher Sprache und mit Hilfestellungen zu geben. Durch die große Hilfsbereitschaft hatte Rama weniger Ängste, in der Schule nicht mitzukommen. Sie schildert, dass die Angst vor Ansteckung und Quarantäne viel größer sei, da sie so noch mehr Unterricht verpassen würde.

Solche Beispiele stimmen hoffnungsvoll. Zugleich bleibt festzustellen, dass die Bildungsbenachteiligung von Schüler:innen mit Fluchtgeschichte während der Pandemie zugenommen hat und weder die Infrastruktur der Schulen noch die der Jugendhilfe dem Auseinanderdriften von Bildungschancen strukturell etwas entgegensetzen konnte. Es braucht aber strukturelle Antworten, wie in einigen Bundesländern, die Maßnahmen konzipiert haben, um den Zugang zu Bildung für junge Geflüchtete zu erleichtern. Beispielsweise wird seit August 2020 in Nordrhein-Westfalen der Anspruch auf Schulpflicht für junge Geflüchtete in zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) gesetzlich geregelt. In den ZUEs wird allen schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen

ein schulnahes Bildungsangebot mit dem Schwerpunkt Spracherwerb und Alphabetisierung gemacht (Ministerium für Schule und Bildung des Landes NRW 2020).

Trotz positiver Erfahrungen und Entwicklungen, ist festzustellen, dass Schüler:innen mit Fluchtgeschichte unter einer verstärkten Bildungsbenachteiligung während Corona gelitten haben.

Zusammenfassung

In diesem Policy Paper wurden die Herausforderungen von geflüchteten Schüler:innen im deutschen Bildungssystem während der Coronapandemie analysiert. Unabhängig von Covid-19 sind diese Kinder und Jugendlichen oft benachteiligt in ihren Voraussetzungen für eine erfolgreiche Schulbildung. Grund dafür sind zum einen individuelle Faktoren, wie eingeschränkte Sprachkenntnisse, psychische Belastungen oder ein unzureichendes Verständnis des deutschen Bildungssystems vonseiten der Eltern. Zum anderen leiden junge Geflüchtete unter schwierigen Umständen, wie einer unsicheren Wohnsituation und Asylverfahren, oder auch unter strukturellen Barrieren, wie dem hierarchischen Bildungssystem oder der Stereotypisierung und Diskriminierung in der Schule.

Mit Beginn der Schulschließungen und der Umstellung auf Onlinelernen wurden die Herausforderungen für eine erfolgreiche und effiziente Bildung geflüchteter Schüler:innen weiter verschärft. Viele von ihnen haben keine ausreichende technische Ausstattung, die erforderlich für ein effizientes Teilnehmen am Unterricht ist. Auch WLAN ist in vielen Flüchtlingsunterkünften nicht vorhanden. Außerdem sind viele junge Geflüchtete durch ihre eingeschränkte Sprachkompetenz und begrenzte Medienutzungserfahrungen im Onlineunterricht benachteiligt. Des Weiteren fehlt es vielen an einem personellen Unterstützungssystem im pädagogischen, aber auch privaten Bereich. Zuletzt sind die Lernerfolge für viele durch psychische Belastungen, die durch die Schulschließungen und *social distancing* noch vermehrt wurden, stark erschwert worden. Daher werden im Folgenden notwendige Maßnahmen zur kurz- und langfristigen Verringerung der Bildungsbenachteiligung von Schüler:innen mit Fluchtgeschichte aufgeführt.

Handlungsempfehlungen

Handlungsempfehlungen

1. Menschenrecht auf Internet: Einrichtung von WLAN in allen Flüchtlingsunterkünften sowie Bereitstellung technischer Ausstattung
2. Verbesserung der Wohnsituation von Geflüchteten
3. Unterstützung der Lehrkräfte bei der Schaffung digitaler Angebote, angepasst auf die Bedarfe von Schüler:innen mit Fluchtgeschichte
4. Verbesserung der Abstimmung zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Schule
5. Einrichtung von verlässlich finanzierten Hilfsstrukturen anstelle von „schnellem Geld“

Wie oben beschrieben, haben oftmals ohnehin benachteiligte geflüchtete Schüler:innen durch die Covid-19-Pandemie eine drastische Einschränkung in ihrem Zugang und Erfolg in der Schulbildung erlebt. Aus den in diesem Policy Paper dargestellten Barrieren für Schüler:innen mit Fluchtgeschichte lassen sich folgende Handlungsempfehlungen ableiten:

1. Menschenrecht auf Internet: Einrichtung von WLAN in allen Flüchtlingsunterkünften sowie Bereitstellung technischer Ausstattung

Die Einrichtung von zugangsfreien Internetanschlüssen in allen Flüchtlingsunterkünften ist nicht nur für die Teilnahme am Unterricht und das Bearbeiten von Aufgaben essenziell. Auch die Kommunikation zwischen Schüler:innen, Eltern und Schule und der Zugang zu Informationen (schulisch und außerschulisch) ist grundlegend für die Lernerfolge und langfristig für die erfolgreiche Integration der Kinder und Jugendlichen (Kölner Flüchtlingsrat e.V. 2020).

Bei einer Umstellung zu digitalem Lernen muss allen Schüler:innen, unabhängig von der Schulform und ohne langwierige Bürokratieverfahren, der Zugang zu der technisch notwendigen Ausstattung möglich sein. Darunter fallen die Einrichtung von Internetzugängen und die (finanzielle) Unterstützung zum Erwerb/Leihen von technischen Endgeräten (GEW 2020; Rude 2020; Bitkom e.V. 2018).

2. Verbesserung der Wohnsituation von Geflüchteten

Die Verbesserung der Wohnsituation von Schüler:innen mit Fluchtgeschichte ist essenziell, um den Lernerfolg zu erhöhen. Nicht ausschließlich, aber besonders während des digitalen Lernens sind ein Schreibtisch und genügend Privatsphäre nötig, um erfolgreich am Unterricht teilzunehmen und Hausaufgaben zu bearbeiten. Außerdem sollte die Wohnsituation, besonders in Gemeinschaftsunterkünften, kindeskonformer gestaltet werden. Unterkünfte müssen so ausgestattet werden, dass nicht nur schulische Voraussetzungen (Schreibtische, WLAN etc.) erfüllt, sondern auch Hygienestandards eingehalten werden (dies ist besonders essenziell während der Coronapandemie). Da die Wohnsituation in Gemeinschaftsunterkünften besonders problematisch ist und junge Geflüchtete in Privatunterkünften meist bessere Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildung haben, sollte es eine gesetzlich festgeschriebene Höchstdauer für deren Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften geben (Rude 2020). Gleichzeitig muss mehr bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit Fluchtgeschichte geschaffen werden.

3. Unterstützung der Lehrkräfte bei der Schaffung digitaler Angebote, angepasst auf die Bedarfe von Schüler:innen mit Fluchtgeschichte

Da auch nach den Schulschließungen und verpflichtendem Onlineunterricht digitales Lernen eine immer größere Rolle spielen wird, ist die richtige Fortbildung von Lehrkräften von besonderer Bedeutung. Für das in Zukunft immer wichtigere digitale Lernen müssen Bildungskonzepte angepasst werden. Notwendig ist daher die Schaffung von Förder- und Lernangeboten, besonders in Willkommens- und Vorbereitungsklassen, um das digitale Lernen zu fördern und den Übergang in Regelklassen zu erleichtern (GEW 2020).

Außerdem muss es eine bessere individuelle Unterstützung der Schüler:innen geben. Dies kann zum Beispiel durch multiprofessionelle Teams, bestehend aus Lehrer:innen, Sozialarbeiter:innen und Pädagog:innen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte, geschehen. Programme, die Lehrkräften mit Fluchtgeschichte den Einstieg in das deutsche Bildungssystem ermöglichen, gibt es bereits. Ein Beispiel ist

das Projekt Lehrkräfte PLUS, das von der Bertelsmann Stiftung und der Stiftung Mercator begleitet wird (Lehrkräfte Plus 2021).

4. Verbesserung der Abstimmung zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Schule

Eine enge Zusammenarbeit von Kinder- und Jugendhilfe und Schule ermöglicht eine bessere Bearbeitung von Problemen in beide Richtungen. Zum einen können die individuellen Bedarfe der Schüler:innen mit der Schule besprochen und so besser behandelt werden. Zum anderen können schulische Herausforderungen sozialpädagogisch besser begleitet und behoben werden (Hüttmann, Fujii und Kutscher 2020). Das Institut für soziale Arbeit e.V. unterstreicht die Wichtigkeit von funktionierenden Kooperationsprozessen zwischen Jugendhilfe und Schule und unterstützt die Umsetzung in Ganztagschulen (ISA 2019). Die Erfahrungen und Kompetenzen sollten auf andere Schulformen und die spezifischen Bedarfe von Schüler:innen mit Fluchtgeschichte übertragen werden.

5. Einrichtung von verlässlich finanzierten Hilfestrukturen anstelle von „schnellem Geld“

Anstatt kurzfristig greifender finanzieller Hilfen für benachteiligte Schüler:innen sollten Angebote gestärkt und die Infrastruktur für Kinder und Jugendliche gesichert werden. Um die fragilen Angebote in der Jugendhilfe zu verbessern, braucht es die Einrichtung von verlässlich finanzierten Hilfestrukturen (Baas 2021).

Schlussbemerkung

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Bildungsbenachteiligung von Schüler:innen mit Fluchtgeschichte durch eine finanzielle und materielle, aber auch durch personelle Unterstützung zu verringern ist. Die zuvor aufgezeigten Handlungsempfehlungen sind nicht nur akut notwendig, um die Teilnahme am digitalen Unterricht zu ermöglichen, sondern auch, um langfristig und nachhaltig Bildungsgleichheit von Schüler:innen mit und ohne Fluchtgeschichte zu schaffen.

Quellen

- Baas, Dirk (2021). „Corona-Nachholpaket – Warten und Hoffen auf Zuschüsse“. MiGAZIN. https://www.migazin.de/2021/06/08/corona-nachholpaket-warten-hoffen-zuschuesse/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_campaign=MIGLETTER.
- Bendel, Petra, Yasemin Bekyol und Marlene Leisenheimer (2021). *Auswirkungen und Szenarien für Migration und Integration während und nach der COVID-19 Pandemie*. Erlangen. https://www.covid-integration.fau.de/files/2021/04/studie_covid19-integration_fau.pdf.
- Bertelsmann Stiftung (2019). „Kommunale Daten für eine innovative Zukunft“. Wegweiser Kommune. <https://www.wegweiser-kommune.de/>.
- GEW – Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (2020). „Wie die Coronapandemie die Bildungschancen Geflüchteter verschlechtert“. <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/wie-die-pandemie-die-bildungschancen-gefluechteter-kinder-und-jugendlicher-verschlechtert/>.
- Bitkom e.V. (2018). „Digitale Bildung – Handlungsempfehlungen für den Bildungsstandort Deutschland“. <https://www.bitkom.org/Bitkom/Publicationen/Digitale-Bildung-Handlungsempfehlungen-fuer-den-Bildungsstandort-Deutschland-2.html>.
- Frank, Laura, Rahsan Yesil-Jürgens, Oliver Razum, Kayvan Bozorgmehr, Liane Schenk, Andreas Gilsdorf, Alexander Rommel und Thomas Lampert (2017). „Gesundheit und gesundheitliche Versorgung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Deutschland“. *Journal of Health Monitoring* (2) 1. 24–47. <https://doi.org/10.17886/RKI-GBE-2017-005>.
- Funcke, Antje (2021). „Jugend und Corona. Die Kinder- und Jugendpolitik muss handeln“. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/jugend-und-corona-die-kinder-und-jugendpolitik-muss-handeln?tx_rsmbstpublications_pi2%5BfilterSprache%5D%5B1%5D=1.
- Graham, Hamish R., Ripudaman S. Minhas und Georgia Paxton (2016). „Learning Problems in Children of Refugee Background: A Systematic Review“. *PEDIATRICS* (137) 6. <https://doi.org/10.1542/peds.2015-3994>.
- Hüttmann, Jana, Michi S. Fujii und Nadja Kutscher (2020). „Teilhaben?! Bildungsbezogene Herausforderungen für geflüchtete Jugendliche in Zeiten der COVID-19-Pandemie“. *Medienimpulse* (58) 2.1–30. <https://doi.org/10.21243/mi-02-20-17>.
- ISA – Institut für soziale Arbeit e.V. (2019). „Jugendhilfe und Schule“. ISA Münster. <https://isa-muenster.de/arbeitsbereiche/jugendhilfe-und-schule/>.
- Kollender, Ellen (2020). „Bildung für alle – oder nur für einige? COVID-19 und Diskriminierung von ‚geflüchteten Kindern‘ im deutschen Bildungssystem“. *Fluchtforschung*

- Netzwerk Fluchtforschung. <https://blog.fluchtforschung.net/bildung-fur-alle-oder-nur-fur-einige/>.
- Kölner Flüchtlingsrat e.V. (2020). „Homelearning verstärkt Bildungsbenachteiligung von Flüchtlingskindern“. Pressemitteilung, 16.4.2020. https://koelner-fluechtlingsrat.de/download/2020-04-16PM_Homelearning_WLAN.pdf.
- Lehrkräfte Plus (2021). „Lehrkräfte PLUS: Der berufliche Wiedereinstieg für Lehrkräfte mit Fluchthintergrund“. <https://lehrkraefteplus-nrw.de/>.
- Lohmann, Joachim (2020). „Die extreme soziale Selektivität übersteht das deutsche Schulsystem nicht – Ergebnisse aus PISA 2018“. [file:///F:/Downloads/jlohmann-202006-pisa2018%20\(6\).pdf](file:///F:/Downloads/jlohmann-202006-pisa2018%20(6).pdf).
- MiGAZIN (2021). „Corona-Folgen: Staatsministerin fordert mehr Förderung für Einwandererkinder“. 6.7.2021. <https://www.migazin.de/2021/06/07/corona-folgen-integrationsstaatsministerin-foerderung-einwandererkinder/>.
- Ministerium für Schule und Bildung des Landes NRW (2020). „Schulnahe Bildungsangebote in den Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) in Nordrhein-Westfalen“. BASS 2021/2022 – 13-63. <https://bass.schul-welt.de/19250.htm>.
- Rees, Susan, und Jane Fisher (2020). „COVID-19 and the Mental Health of People From Refugee Backgrounds“. *International Journal of Health Services* (50) 4. 415–417. <https://doi.org/10.1177/0020731420942475>.
- Rude, Britta (2020). „Geflüchtete Kinder und Covid-19: Corona als Brennglas vorhandener Problematiken“. *ifo Schnelldienst* 73, Nr. 12. 46–57. <https://www.ifo.de/publikationen/2020/aufsatz-zeitschrift/gefluechtete-kinder-und-covid-19-corona-als-brennglas>.
- Schröder, Helmut, Klaus Zok und Frank Faulbaum (2018). „Gesundheit von Geflüchteten in Deutschland – Ergebnisse einer Befragung von Schutzsuchenden aus Syrien, Irak und Afghanistan“. *WidOmonitor* Nr. 1/2018. https://aok-bv.de/imperia/md/aokbv/presse/pressemitteilungen/archiv/2018/widomonitor_1_2018_web.pdf.
- von Maurice, Jutta, und Gisela Will (2021). „Geflüchtete Kinder und Jugendliche im deutschen Bildungssystem. Zentrale Befunde der Studie ReGES“. *LifBi Forschung Kompakt* Bericht Nr. 2, 21. Mai. https://www.lifbi.de/Portals/13/Transferberichte/LifBi-Forschung-kompakt_02_ReGES.pdf.
- Weltgesundheitsorganisation (2019). „Erster Bericht der WHO über die Gesundheit vertriebener Personen in der Europäischen Region verdeutlicht: Migranten und Flüchtlinge tragen höheres Krankheitsrisiko als Bevölkerung der Aufnahmeländer“. Weltgesundheitsorganisation Regionalbüro für Europa, 21. Januar. <https://www.euro.who.int/de/media-centre/sections/press-releases/2019/migrants-and->

[refugees-at-higher-risk-of-developing-ill-health-than-host-populations-reveals-first-ever-who-report-on-the-health-of-displaced-people-in-europe.](#)

Impressum

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon: +495241810
www.bertelsmann-stiftung.de

Autorin:

Anne Droste
Kontakt: anne.droste@bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich:

Claudia Walther (claudia.walther@bertelsmann-stiftung.de)
Anne Droste

Projekt:

Weltoffene Kommune – Vom Dialog zum Zusammenhalt
(weltoffene-kommune.de)

Programm:

LebensWerte Kommune

Korrektur:

Rudolf Jan Gajdacz, München

Bildnachweis:

Thele/ Pixabay – Pixabay License, <https://pixabay.com/de/service/license/>